

Besserer Informationsfluss

[06.08.2026] Das BMDS und der Databund haben eine Initiative gestartet, die es ermöglichen soll, dass IT-Unternehmen früher über zentrale Digitalvorhaben des Bundes informiert werden. Gleichzeitig sollen sie ihre Erfahrungen künftig einfacher in die Planungen einbringen.

Das [Bundesministerium für Digitales und Staatsmodernisierung](#) (BMDS) und der [Databund](#) wollen mittelständische IT-Unternehmen früher in zentrale Digitalvorhaben des Bundes einbinden. Dazu unterzeichneten beide Seiten eine [Kooperationsvereinbarung](#) für eine neue Mittelstandsinitiative. Diese soll dazu beitragen, die Digitalisierung und Modernisierung von Staat und Verwaltung zu beschleunigen. Die Expertise der mittelständischen IT-Branche solle gezielt in die Entwicklung digitaler Verwaltungsdienste und in den Ausbau einer souveränen digitalen Infrastruktur eingebunden werden, so der Databund.

Der Databund vertritt mittelständische IT-Dienstleister und Softwarehersteller, die vor allem Lösungen für den öffentlichen Sektor und kommunale Fachverfahren anbieten. Ihre Kenntnisse der Verwaltungsprozesse sollen nach Angaben der Partner stärker in die Entwicklung digitaler Verwaltungsdienste und den Aufbau einer souveränen digitalen Infrastruktur einfließen. Bereits 22 Unternehmen haben den Kooperationsvertrag vor Ort mitgezeichnet. Die Initiative ist bewusst offen gehalten, sodass sich weitere Verbände, Unternehmen und Organisationen anschließen können.

Frühere Informationen für Anbieter

Im Mittelpunkt der Vereinbarung steht der gegenseitige Informationsaustausch. Das BMDS will die beteiligten Softwareunternehmen frühzeitig und detailliert über geplante IT-Projekte informieren. Diese sollen dadurch rechtzeitig prüfen können, wie sich ihre Lösungen anbinden lassen und welche technischen oder organisatorischen Voraussetzungen dafür geschaffen werden müssen. Im Gegenzug soll die mittelständische IT-Wirtschaft Rückmeldungen zu den Planungen des Ministeriums geben, insbesondere mit Blick auf die Umsetzung in den Kommunen.

„Durch die Zusammenarbeit mit den Herstellern kommunaler Fachverfahren sowie mit weiteren Akteuren des digitalen Ökosystems stellen wir sicher, dass die digitale Realität der kommunalen Praxis entspricht“, sagte BMDS-Staatssekretär Markus Richter. Die Fachverfahrenshersteller betrachte das Ministerium als Partner bei der Bereitstellung digitaler Lösungen.

Planungssicherheit und offene Standards

Aus Sicht der beteiligten Anbieter soll die frühere Einbindung vor allem die Anschlussfähigkeit neuer Bundeslösungen verbessern. „Kooperation mit bundesweiter Perspektive schafft Planungssicherheit für Hersteller, Dienstleister, Bund, Länder und Kommunen“, sagte der Databund-Vorstandsvorsitzende Sirko Scheffler. Entscheidend sei, dass Basiskomponenten und offene Standards den Anforderungen der Verwaltungsdigitalisierung tatsächlich gerecht würden.

Mehrere Unternehmen verwiesen in ihren Stellungnahmen darauf, dass zentrale Komponenten mit den bestehenden Fachverfahren, Registern und Portalen zusammenspielen müssten. „Fachverfahren sind kein

Anhängsel der Digitalisierung, sondern ihr primärer Wirkungsort“, sagte Arne Baltissen, Geschäftsfeldleiter Bauen und Umwelt beim kommunalen Softwareanbieter [PROSOZ Herten](#). Verbindliche offene Standards seien nur tragfähig, wenn Erfahrungen aus Entwicklung, Betrieb und kommunaler Umsetzung von Beginn an einfließen.

Auch der [Governikus](#)-Geschäftsführer Stephan Klein verband mit der Vereinbarung die Erwartung, dass sichere und interoperable Lösungen künftig früher an den tatsächlichen Anforderungen der Verwaltung ausgerichtet werden können. Andere Mitzeichnende hoben offene Schnittstellen, den Deutschland-Stack sowie die Anbindung an Identitäts- und Wallet-Lösungen als Voraussetzungen für die Anschlussfähigkeit zentraler Komponenten an bestehende Fachverfahren, Register und Portale hervor.

(sib)

Stichwörter: Panorama, Governikus, Prosoz Herten, BMDS, Databund